

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 28.05.2020, im Forum der Sparkasse
Münsterland Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 13:05 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht des LWL zu Zukunftsperspektiven der Wohnsituation schwerstbehinderter Menschen	121/2020 6
3.	Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	102/2020 7
4.	Kommunale Pflegeplanung 2020	119/2020 10
5.	Vorstellung des Berichts über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Waren- dorf	090/2020 12
6.	Bericht über die Arbeit des Kommunalen Integ- rationszentrums Kreis Warendorf	089/2020 13
7.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Situation der geflüchteten Menschen in Sammelunterkünften des Kreises Warendorf	120/2020 14
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1.	Änderung der Vereinbarung mit der Verbrau- cherzentrale NRW	111/2020 15

Anlagen

- Anlage 1 Bericht des LWL: Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes
- Anlage 2 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 3 Entwurf der kommunales Pflegeplanung 2020
- Anlage 4 Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf
- Anlage 5 Kommunales Integrationszentrum Kreis Warendorf: Handlungsfelder und Projekte
- Anlage 6 Antwort zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Situation der geflüchteten Menschen in Sammelunterkünften

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne, Dr.
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Hückelheim, Wolfgang, Dr.
Klausmeier, Brigitte
Lummer, Petra
Middendorf, Anne
Schabhüser, Helmut
Seidel, Ansgar, Dr.
Senol-Kocaman, Diler
Wiedemann, Lena
Gäste
Kockmann, Jürgen

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Hein-Kötter, Dorothea

Lepper, Martin

Riveiro Vega, Sandra

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.05.2020 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Blömker bemängelt, dass in der Sitzung keine Information zum Coronavirus erfolgt.

Herr Stöppel vertritt die Auffassung, dass der Fachausschuss für Gesundheit durch einen aktuellen Sachstandsbericht hätte involviert werden müssen.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass ein Lagebericht als Tischvorlage verteilt sei. Ein ausführlicher Bericht erfolge im Kreisausschuss am 05.06.2020, eine entsprechende Absprache sei mit den Fraktionsvorsitzenden erfolgt.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Es wurden keine Fragen gestellt.

2.	Bericht des LWL zu Zukunftsperspektiven der Wohnsituation schwerstbehinderter Menschen	121/2020
-----------	---	-----------------

Herr Kockmann, Abteilungsleiter des LWL-Inklusionsamtes Soziale Teilhabe, gibt einen Überblick über die aktuellen Einrichtungen und Platzzahlen im Kreis für Menschen mit geistiger Behinderung sowie Menschen mit Körper- und Schwerstmehrfachbehinderungen Menschen zum 31.12.2019 (sh. Anlage 1).

Er führt aus, dass derzeit 63 neu belegbare Angebote für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung im Kreis entstehen. Neben diesen konkreten Planungen würden weiterhin Gespräche mit Anbietern geführt, so dass auch in den folgenden Jahren weitere Plätze entstehen würden.

Die Schaffung neuer Plätze nehme mehrere Jahre in Anspruch, u.a. für die Suche nach einem Grundstück, der Finanzierung und den erforderlichen Genehmigungen.

Herr Kockmann weist darauf hin, dass es beim LWL keine Warteliste mit 100 Bewerbern um einen Einrichtungsplatz gebe. Es bestehe keine entsprechende Warteliste, auch lägen keine Anträge in dieser Zahl vor.

Bei konkretem Bedarf könne ein Antrag beim LWL gestellt werden, es werde dann nach einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit gesucht. Er bestätigt, dass das Angebot im Kreis Warendorf derzeit knapp und ausbaufähig sei. Eine kurzfristige Unterbringung in einer Einrichtung im Kreis sei daher nicht immer möglich, ggf. müsse in eine Nachbarregion ausgewichen werden.

Frau Schmelter weist darauf hin, dass es für Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderungen noch schwieriger sei, einen Platz zu finden. Sie erkundigt sich, ob ein entsprechender Antrag nur einmal oder regelmäßig erneut gestellt werden müsse.

Herr Kockmann erklärt, dass ein Antrag nur einmal gestellt werden müsse. Entscheidend sei, dass der Bedarf dem LWL bekannt werde, damit dieser entsprechend planen könne.

Angesprochen auf den seit Jahren bekannten Bedarf zweier Familien in Sassenberg, die für ihre schwerstmehrfachbehinderten erwachsenen Söhne einen Einrichtungsplatz suchen, teilt er mit, dass für einen der jungen Männer eine Unterkunft in Freckenhorst gefunden worden sei. Der entsprechende Neubau der Einrichtung solle in 2021 bezugsfertig sein. Für den zweiten Mann habe sich bisher leider noch keine Lösung ergeben, auch weil bisherige Angebote nicht angenommen wurden.

Auf Nachfrage von Frau Birkhahn erläutert Herr Kockmann das geplante IAW-Projekt (Intensiv-ambulantes Wohnen) in Sassenberg. Hier seien 14 Plätze für selbstständiges, technikerunterstütztes und sicheres Wohnen im Quartier geplant. Dieses Angebot richte sich als Wohnmöglichkeit an Bewerber aus Wohngruppen mit hoher Selbstständigkeit.

An der Diskussion nahmen Frau Hohmann de Palma, Herr Blömker und Herr Hövelmann teil.

3. Jobcenter Kreis Warendorf Sachstandsbericht	102/2020
---	-----------------

Herr Dr. Seidel zieht zunächst ein Fazit für die Zeit nach der letzten Sitzung des Ausschusses im März 2020. Zu diesem Zeitpunkt sei man auf gutem Wege zur Zielerreichung u. a. bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und der Integrationsquote gewesen. Bedingt durch die Corona-Krise seien die Voraussetzungen verändert.

Er erläutert u. a. die aktuellen Zahlen

- Bestand an Bedarfsgemeinschaften
- Daten des Arbeitsmarktes (Rechtskreis SGB III und SGB II)
- Zahl der Integrationen und der Integrationsquote
- Förderungen nach dem Teilhabechancengesetz

Insgesamt würden sich die Chancen erwerbsfähiger Leistungsberechtigter im SGB II natürlich verschlechtern, weil auf weniger offene Stellen mehr Bewerber kämen – zum Teil mit großer Arbeitsmarktnähe.

Bedingt durch das Virus gebe es zudem viele Fragezeichen, die sich auch auf die Haushaltsprognose auswirken. Als erste Rechengröße würden zusätzliche 500 Bedarfsgemeinschaften für das Jahr 2020 zugrunde gelegt, somit ein Jahresdurchschnitt von 8.100. Diese Zahl werde fortlaufend analysiert und nach oben oder unten korrigiert.

Des Weiteren berichtet Herr Dr. Seidel über die Jobcenter-Aktivitäten im Bereich Pflege. Er schildert die Arbeitsmarktsituation und gibt einen Überblick über Beschäftigte und Qualifizierung im Pflegebereich. Die für 2020 geplanten zusätzlichen Aktivitäten könnten derzeit nicht durchgeführt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker zum Anteil der Flüchtlinge der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Folie 21) teilt Herr Dr. Seidel mit, dass er prüfen lasse, ob die Daten mit dem Protokoll mitgeteilt werden können.

Ergebnis:

Eine Darstellung der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist bei dieser Folie leider nicht möglich.

Die Bestandsdaten zu den unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden über eine vorprogrammierte Auswertung aus dem kommunalen Fachverfahren ausgewertet, welche keine Bestandsdaten zu Flüchtlingen ausweist.

Herr Steinkolk bittet darum, zur Folie 5 die Entwicklung des Bestandes an Selbständigen-Bedarfsgemeinschaften und zur Folie 6 die offen gemeldeten Arbeitsstellen in Februar und April der Jahre 2018 und 2019 mit dem Protokoll nachzureichen.

Ergebnis:

Zu Folie 5: Entwicklung des Bestandes an Selbstständigen-Bedarfsgemeinschaften:

Jahresdurchschnitt 2018: 222

Jahresdurchschnitt 2019: 188

Monatsbestand März 2020:

171, darunter Corona bedingt: 22

Monatsbestand April 2020: 202, darunter Corona bedingt: 56

Monatsbestand Mai 2020: 203, darunter Corona bedingt: 60

Hinweis: Bei den Daten für März bis Mai 2020 handelt es sich um vorläufige Daten mit verkürzter Wartezeit bzw. ohne Wartezeit. Aufgrund von operativen Untererfassungen (z. B. verspätete Antragsabgabe oder zeitintensive Sachverhaltsklärung) können sich diese Daten bis zu ihrer Festschreibung nach drei Monaten noch verändern.

Zu Folie 6: Bestand der offen gemeldeten Arbeitsstellen:

Februar 2018: 2.692

April 2018: 2.707

Februar 2019: 3.042

April 2019: 2.939

Frau Harrendorf-Vorländer erkundigt sich, inwieweit Corona-Bonuszahlungen, die von Arbeitgebern gewährt werden, auf die Leistungen nach dem SGB II angerechnet werden.

Herr Seidel erklärt, dass darüber nicht der Kreis, sondern das Bundesministeriums für Arbeit entscheide. Weitere Informationen würden mit dem Protokoll nachgereicht:

Ergebnis:

Es existiert ein Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu einer geänderten ALG II-VO, mit dem die im § 1 Abs. 1 benannten „Nicht als Einkommen zu berücksichtigende Einnahmen“ um Nr. 10 wie folgt ergänzt werden:

„Beihilfen und Unterstützungen bis zu einem Betrag von insgesamt 1.500 Euro, die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern aufgrund der COVID-19-Pandemie in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 2020 zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn nach § 3 Nummer 11 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei gewähren; den Beihilfen und Unterstützungen seitens der Arbeitgeber stehen entsprechende Zahlungen aus den Haushalten des Bundes und der Länder gleich.“

Diese Verordnung wurde am 05.06.2020 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und tritt rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft.

Auf Nachfragen von Frau Harrendorf-Vorländer und Frau Hohmann de Palma teilt Herr Dr. Seidel mit, dass

- der Anspruch auf Mittagsverpflegung weiterhin trotz Unterrichtsausfall bestehe,
- die Schulen Geld erhalten, von dem Tablets für Kinder von Leistungsbeziehern nach dem SGB II beschafft werden können. Hier gehe der Gesetzgeber nicht den Weg über das SGB II.

Herr Dr. Seidel teilt auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma mit, dass mit den Bildungsträgern Gespräche über die Weiterführung von Sprachkursen stattfinden. Dieses sei ein wichtiger Faktor bei der Eingliederung in Arbeit. Dieses gelte auch für handwerkliche Qualifikationen.

Präsenzmaßnahmen seien jedoch derzeit nicht möglich sondern lediglich digitales Lernen.

Frau Geiger erkundigt sich zum Sachstand der Ansiedlung Amazon.

Herr Dr. Seidel erläutert, dass das Jobcenter erwerbsfähige Leistungsberechtigte mithilfe verschiedener Bildungsträger gezielt auf das Bewerbungsverfahren bei Amazon vorbereite, hierfür stünden 750 Plätze zur Verfügung. Ursprünglich sei die Maßnahme als Präsenzmaßnahme geplant. Die Hilfestellung erfolge derzeit überwiegend telefonisch und online. Einige Integrationserfolge konnten erzielt werden, aber auch hier gelte natürlich, dass die Chancen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sich in der jetzigen Situation verschlechtern würden.

An der Diskussion beteiligen sich darüber hinaus Frau Birkhahn und Frau Strecker. Die Arbeit des Jobcenters wird mehrfach gelobt und die Entscheidung für die Option begrüßt.

4. Kommunale Pflegeplanung 2020**119/2020**

Frau Middendorf teilt mit, dass Grundlage der kommunalen Pflegeplanung Daten der Bevölkerungsstatistik und -prognose sowie Daten der Pflegestatistik seien. Erstmals werde in der Planung auch die Bevölkerungsentwicklung für die Städte und Gemeinden dargestellt. Zudem erfolge eine Darstellung der Infrastruktur der pflegerischen und pflegeergänzenden Angebote im Kreis.

Frau Wiedemann erläutert u.a. die demographische Entwicklung und die Pflegeinfrastruktur im Kreis anhand einer Präsentation (sh. Anlage 2).

Zudem erläutert sie Maßnahmen und Handlungsempfehlungen der kommunalen Pflegeplanung 2020.

Sie weist darauf hin, dass in der Sitzung der kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 12.05.2020 beschlossen wurde, die Arbeitsgruppe „Gewinnung und Sicherung von Pflege(fach)kräften“ dauerhaft als Unterarbeitsgruppe der kommunalen Konferenz Alter und Pflege einzurichten. Zudem solle eine Fachveranstaltung „Pflege(fach)kräftesicherung und –gewinnung“ für alle ambulanten, voll- und teilstationären Träger im Kreis Warendorf durchgeführt werden.

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.05.2020 und ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.05.2020 vor. Frau Birkhahn und Herr Blömker begründen die Anträge.

Frau Klausmeier gibt zum Antrag der SPD zu bedenken, dass eine teilweise Rücknahme der Aufgabendelegation von den Städten und Gemeinden diese aus der Verantwortung und Verpflichtung der Altenhilfe nehmen würde. Die Altenhilfe funktioniere jedoch nicht ohne die Mitarbeit der Städte und Gemeinden.

Herr Blömker erklärt sich mit einer Änderung des Antrages einverstanden.

Einvernehmlich wird der CDU-Antrag dahingehend verändert, dass es statt „einheitlicher Lebensverhältnisse“ jetzt „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ heißt.

Abstimmungsergebnis über den modifizierten Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:
einstimmig angenommen

Die SPD-Kreistagsfraktion hat ihren Antrag vom 28.05.2020 dahingehend geändert, dass der CDU-Antrag lediglich um folgenden Satz erweitert wird:

“Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII darf insoweit kein Hemmnis sein.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Kommunale Pflegeplanung 2020 wird mit der Ergänzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 28.05.2020 beschlossen.

Ergänzung:

Der Kreis Warendorf benötigt ein Gesamtkonzept, in dem sowohl die Angebote der Pflege, der kommunalen altersgerechten Infrastruktur als auch die Leistungen der örtlichen Altenhilfe zusammengeführt werden. Ziel ist es, die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Menschen im Kreis Warendorf zu gewährleisten.

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII darf insoweit kein Hindernis sein.

Handlungsempfehlung:

Der Kreis Warendorf entwickelt dieses Konzept gemeinsam mit den Städten und Gemeinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

An der Diskussion beteiligen sich Frau Geiger und Frau Hohmann de Palma.

5.	Vorstellung des Berichts über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf	090/2020
-----------	---	-----------------

Das Gesundheitsamt hat einen Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Warendorf erstellt. Frau Lummer und Frau Dr. Arizzi Rusche stellen ausgewählte Ergebnisse aus dem Bericht vor (sh. Präsentation Anlage 4). Sie präsentieren beispielsweise Daten

- zur Inanspruchnahme der vollständigen Masernimpfungen von Einschülerinnen und Einschülern,
- zur Entwicklung der Sehschärfe bei Schulanfängerinnen und Schulanfängern,
- zum Anteil der Einschulungskinder mit deutscher und nicht deutscher Erstsprache und
- zur Entwicklung von Übergewicht und Adipositas bei Schulanfängerinnen und Schulanfängern zum Zeitpunkt der Einschulung in den Jahren 2011/2012 bis 2018/2019.

Frau Birkhahn betont, dass die Dauer des Kindergartenbesuchs ein Integrationsfaktor sei. Es müsse dahingehend Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass auch Kinder mit Migrationshintergrund den Kindergarten besuchen. Der Besuch sei wichtig für das Erlernen der deutschen Sprache und für die Anpassungskultur.

Frau Lummer und Frau Dr. Arizzi Rusche, berichten, dass Kinder nicht deutscher Erstsprache eher übergewichtig seien. Dafür gebe es mehrere Ursachen, nicht nur den Migrationshintergrund. Ebenso seien der soziale Status und geringer Bildungsstand der Eltern verantwortlich.

Frau Dr. Arizzi Rusche weist auf Broschüren in verschiedenen Sprachen vom Bundesamt für gesundheitliche Aufklärung hin, u. a. in russischer, türkischer und arabischer Sprache. Broschüren werden für verschiedene Themenbereiche herausgegeben. Wichtig sei es, Familien möglichst niederschwellig zu erreichen.

Frau Lummer verweist auch auf einen engen Austausch mit dem Kommunalen Integrationszentrum des Kreises.

Herr Blömker erkundigt sich zum Thema „Gesunde Ernährung in Schulen“, wie viele Schulen im Kreis Warendorf an dem sogenannten EU-Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch teilnehmen.

Frau Lummer teilt mit, dass dieses dem Protokoll beigefügt werde.

Ergebnis:

18 Grund- und Förderschulen nehmen im Schuljahr 2020/2021 an dem EU-Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch teil.

An der Diskussion beteiligt sich Frau Strecker.

6.	Bericht über die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Warendorf
-----------	--

089/2020

Frau Senol-Kocaman stellt Handlungsfelder und Projekte des Kommunalen Integrationszentrums (KI) vor (sh. Präsentation Anlage 5).

In den Handlungsfeldern des KI werden die Schwerpunkte „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ zusammengeführt. Eine zentrale Aufgabe im Handlungsfeld „Integration durch Bildung“ ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien. Ziel sei es, die Bildungsteilhabe und damit einhergehend ihre gesellschaftliche Partizipation zu verbessern.

Zur Erreichung der Ziele setzt das KI mit unterschiedlichen Kooperationspartnern teils unter Beteiligung des Elternhauses Unterstützungs- und Bildungsmaßnahmen in allen 13 Städten und Gemeinden des Kreises um.

Die Durchführung der Projekte hänge auch immer vom Bedarf vor Ort ab, zudem sei das Interesse der Eltern an einer Teilnahme erforderlich. Im Querschnittsbereich werden schwerpunktmäßig die Förderprogramme des Landes wie KOMM-AN, IfKuF (Integrationschancen von Kindern und Familien), der Laien-Sprachmittlerpool und ganz aktuell die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ umgesetzt.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Birkhahn, Frau Harrendorf-Vorländer, Frau Hohmann de Palma und Herr Blömker.

7.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Situation der geflüchteten Menschen in Sammelunterkünften des Kreises Warendorf	120/2020
----	--	-----------------

Frau Klausmeier beantwortet die Anfrage zur Situation der geflüchteten Menschen in Sammelunterkünften des Kreises Warendorf. Die Antworten sind als Anlage 6 beigelegt.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 13.05 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin